

## Meinungen

# Es ist zu früh für ein bedingungsloses Ja

Die FDP stimmt ohne wesentliche Zusatzforderungen dem Rahmenvertrag zu. Obwohl dessen Folgen weiterhin recht unklar sind.



Die Bundesräte Delamuraz, Felber und Koller nach dem Nein zum EWR 1992. Nun scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Key

Daniel Foppa

Kurz vor dem historischen Urnengang hat es einer auf den Punkt gebracht: «Nun wird von uns eine Meinung verlangt, und wir warten immer noch, dass sie sich endlich bildet, bei uns, dass die ganz grosse Information noch kommt, die uns gedanklich weiterhilft und über die Zurufe derer hinausgeht, die schon wissen, was langgeht», schrieb der Schriftsteller Franz Hohler zwei Tage vor der EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992 in der «Wochenzeitung». Und brachte damit das Gefühl anhaltender Unentschlossenheit zum Ausdruck, das viele auch heute befällt, wenn sie sich mit dem Rahmenabkommen befassen.

Das Abwägen zwischen drohendem Souveränitätsverlust und wirtschaftlicher Notwendigkeit ist tatsächlich schwierig: So verwischen sich heute wie 1992 die Fronten. Waren es damals grüne Kreise, die mit der SVP für ein Nein kämpften, steht nun die gewerkschaftsdominierte SP gemeinsam mit Isolationisten im gegnerischen Lager.

Ohnehin scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Der damalige Bundesrat Adolf Ogi nannte den EWR ein «Trainingslager für die EU», heute bezeichnet die Vereinigung «Schweiz in Europa» den Rahmenvertrag als «Stepping Stone» für weitere Integrationschritte. Ogi hätte den misslungenen Vergleich später gerne zurückgenommen. Und die Europafreunde von heute sollten glücklich sein, dass ihre am ehesten mit «Sprungbrett» zu übersetzende Bezeichnung bisher wenig beachtet wurde – ist sie doch Wasser auf die Mühlen der Gegner.

Am frappantesten sind die Parallelen zu 1992 jedoch beim Freisinn. Vor der EWR-Abstimmung setzte sich die FDP plötzlich an die Spitze der Europafreunde: FDP-Nationalratspräsident Ulrich Bremi rief dazu auf, eine europäisch handelnde Schweiz zu werden, und die Delegierten sagten grossmehrheitlich Ja zum EWR. Nur wenige

## Wie auch immer man es dreht und wendet: Letztlich fischt man hier in trüben Gewässern.

Freisinnige wie Otto Fischer opponierten. Auch heute ist es plötzlich der Freisinn, der sich für den Rahmenvertrag ins Zeug legt und ihm gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden zum Durchbruch verhelfen könnte.

Das Risiko, das die FDP damit im Wahljahr eingeht, ist allerdings nicht gering. Zwar fehlen bisher Anzeichen, dass sich in der Partei grosser Unmut breitmacht ob des von der Fraktion forcierten Kurses. Bei manchem Freisinnigen dürften trotzdem bange Erinnerungen an die Wahlverluste wach werden, welche die Quittung für die europafreundliche Haltung Anfang der Neunzigerjahre waren.

Der europapolitische Schwenk der FDP ist ebenso bemerkenswert wie der von der Parteichefin angekündigte ökologische Kurswechsel. Und er wirft Fragen auf. So steht die Neubeurteilung des Rahmenvertrags teils im Widerspruch zu den Beschlüssen der Delegiertenversammlung vom letzten Sommer und zu früheren Aussagen von Parteipolitikern. Es bleibt offen, wie es zu dieser plötzlichen Klarheit kam. Denn wie auch immer man es dreht und wendet: Letztlich fischt man hier in trüben Gewässern.

Die Folgen des Vertrags sind auch nach der Konsultation zahlreicher

Experten schwer zu fassen: Welchen Spielraum hat das Schiedsgericht wirklich? Wie «angemessen» werden allfällige Gegenmassnahmen der EU sein? Wie stark wird der Lohnschutz geschwächt? Diese Fragen kann heute niemand abschliessend beantworten.

Und trotzdem hat der Bundesrat im Frühling endlich Stellung zu beziehen. Nimmt er die innenpolitische Konsultation ernst, muss er in Brüssel auf Präzisierungen drängen. Auch wenn EU-Exponenten Nachverhandlungen ablehnen, dispensiert das den Bundesrat nicht vom energischen Versuch, Zusatzprotokolle, gemeinsame Erklärungen oder dergleichen anzustreben. Zudem muss er genauer darlegen, was die wahrscheinlichsten Folgen für bestehende Abkommen wären, sollte man den Rahmenvertrag einst kündigen. Die entsprechenden Ausführungen sind nur 14 Zeilen lang. Immerhin halten sie fest, dass die Guillotine-Klausel bei einer Kündigung nicht unmittelbar zur Anwendung käme.

Zwar sollte man sich auch von Präzisierungen keine definitive Klarheit erhoffen. Aber ein besserer Informationsstand als heute ist vorstellbar. Diesen gilt es anzustreben, bevor man sein endgültiges Urteil fällt.

1992 scheiterte der EWR knapp. Die negativen Folgen blieben – auch dank der später ausgehandelten bilateralen Verträge – überschaubar. Daraus zu schliessen, ein Nein zum Rahmenabkommen wäre ebenso gut verkraftbar, ist trügerisch: Heute ist die Schweiz viel enger mit der EU verflochten, und eine Erosion der Bilateralen wäre ein beträchtliches wirtschaftliches Risiko.

Gut möglich, dass man darum in einer abschliessenden Güterabwägung ein Ja zu einem hoffentlich etwas exakter gefassten Vertrag als das kleinere Risiko sieht. Im Wissen darum, dass man ihn kündigen kann, sollten die negativen Folgen doch überwiegen. Noch sind wir aber nicht so weit.

## Schwierige Entfesselung von Raiffeisen

Die neue Führung muss die Abhängigkeit vom Zinsgeschäft senken.

Holger Alich

Die Briten nennen es «kitchen sinking»: Eine neue Unternehmensführung nimmt alle Altlasten zusammen und packt sie bei Antritt in das Zahlenwerk. Nach diesem Muster verfährt auch die neue Führung bei der Raiffeisen-Gruppe um Verwaltungsratspräsident Guy Lachappelle und Firmenchef Heinz Huber. Die miesen Zahlen sind nicht ihre, sondern das Ergebnis der Ära Vincenz, so die Botschaft.

Dem neuen Führungsduo muss nach den Skandalen eine doppelte Reform gelingen. Die Funktionsweise der Raiffeisen-Gruppe muss überarbeitet werden, die Basis verlangt nach mehr Macht. Dieser Prozess scheint gut zu laufen. So dürfte noch in diesem Jahr beschlossen werden, ob künftig jede Raiffeisenbank eine Stimme haben soll oder ob es beim Delegiertensystem bleibt.

Die zweite Reform ist die schwierigere. Hier ist bereits Ex-Chef Pierin Vincenz gescheitert. Das Problem lässt sich an einer einzigen Zahl festma-

chen: 70 Prozent. So hoch ist der Anteil der Zinseinnahmen an den Gesamterträgen bei Raiffeisen. Selbst die Postfinance hat mit 52 Prozent einen tieferen Wert, der aber immer noch als zu hoch gilt.

Vincenz wollte mit den Zukäufen von Fondsgesellschaften und der Privatbank Notenstein diese Abhängigkeit senken. Das ging daneben. Nun müssen Lachappelle und Huber zeigen, dass sie bessere Wege kennen, um das Gewicht vom Zinsgeschäft zu reduzieren. Ein Wundermittel gibt es aber nicht.

Firmenchef Huber hofft, den bestehenden Kunden mehr Produkte zu verkaufen. Doch das Wissen, wie die sogenannte Kundendurchdringung gesteigert werden kann, gilt als der heilige Gral im Privatkundengeschäft. Und die Zeit drängt: Ewig kann Raiffeisen ihren Wachstumskurs im Hypothekengeschäft nicht mehr fahren. Denn die Schweizerische Nationalbank wird wegen der Risiken nervös. Ausreden gibt es keine mehr: Ab heute gehen die Zahlen auf das Konto von Huber und Lachappelle.

## Leserbriefe

### Wald Es droht ein Borkenkäfer-Extremjahr, «Bund» vom 26. Februar

**Extreme Forstwirtschaft**  
Sind wirklich ausschliesslich der Borkenkäfer sowie der Klimawandel schuld, dass zurzeit in den Berner Wäldern durch grosse Maschinen rege Bäume gefällt werden? Oder sind es nicht auch wirtschaftliche Interessen? Der Forstbetrieb der Burggemeinde Bern verfügt rund um Bern über 3666 Hektaren Wald. Dabei werden die Wälder in Erholungswälder und in Holzproduktionswälder eingeteilt. Leider zählt nur ein sehr kleiner Teil der Waldfläche zur Kategorie «Erho-

lung». Beispiel Könizbergwald. Dieser dient praktisch ausschliesslich der Holzproduktion. Wer in letzter Zeit in diesem Wald einen Spaziergang unternahm, konnte mit eigenen Augen feststellen, dass an einigen Stellen der Baumbestand derart ausgedünnt wurde, dass die Bezeichnung «Wald» nicht mehr ganz zutreffend scheint. Man kann sich fragen, ob diese Art der Forstbewirtschaftung effektiv nachhaltig, naturnah und klimafreundlich ist.

Marianne Drück, Bern

### Bern Simon kündigt faktisch Rücktritt an, «Bund» vom 1. März

**Zum Nutzen des Kantons**  
Beatrice Simon ist Kandidatin für den Ständerat und den Nationalrat, weil sie dazu die Kompetenzen, das Engagement und reiche Erfahrungen mitbringt. Mit einem Mandat von Frau Simon im Nationalrat oder im Ständerat könnte der Kanton Bern nur Nutzen ziehen. Alle Mandatsträgerinnen und -träger investieren viel Zeit für unseren Kanton. Die Medien sollten für unsere Institutionen positive Akzente setzen. Unterstützt doch mit informativen Artikeln all die vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich für das Gemeinwohl einsetzen!

Fritz Marthaler, Biel

### Alpen Unbezahlbarer Wohnraum, «Bund» vom 27. Februar

**Boden darf nicht Privateigentum sein**  
Weil der Boden nicht vermehrbar ist, die Nachfrage jedoch ständig steigt, wird er immer teurer. Und damit steigen die Mieten. Wenn es aber im Artikel heisst: Problem erkannt, muss ich laut lachen. Denn das Problem besteht darin, dass der Boden nicht Privateigentum sein dürfte. Er ist – wie die Luft und das Wasser – uns allen als Lebensgrundlage geschenkt worden. Und dieses Monopol gehört in die öffentliche Hand. So aber dient der Boden durch die stetig steigende Grundrente (über Mieten und Preise) der gnadenlosen Ausbeutung aller «Landlosen».

Ernst Waldemar Weber, Muri

## Der Bund

Herausgeberin  
Tamedia AG, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Tel. 044 248 41 11  
Verleger Pietro Supino  
Gesamtauflage BZ/«Bund» Verbreitete Auflage: 128 251 Ex.,  
Davon verkaufte Auflage: 126 419 Ex. WEMF/SW-beglaubigt  
Redaktion Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern  
Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12  
Verlag Der Bund, c/o Espace Media AG, Dammweg 9,  
Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax 031 330 36 86  
Chefredaktion Patrick Feuz (paf), Chefredaktor, Jürg Sohm (soh),  
Chef Blattmacher und Planung, Beat Stähli (stb), Chef vom Dienst  
Website www.derbund.ch  
E-Mail redaktion@derbund.ch  
Leitung Verlag Robin Tanner  
Leitung Werbemarkt Rudolf Lehmann  
Leitung Marketing Bettina Staub  
Abonnementspreise 12 Monate Fr. 569.–, 6 Monate Fr. 312.–,  
30% Studenten- und Ausbildungsrabatt. Bitte Ausweis mitschicken.

Die Preise verstehen sich inkl. 2.5% MwSt. Einzelnummer  
Fr. 4.60 (Mo–Fr) / Fr. 5.20 (Sa). Abonnemente: Tel. 0844 385 144  
(Lokaltarif Festnetz), Fax 0844 031 031 (Lokaltarif Festnetz),  
E-Mail: abo@derbund.ch Umleitungen und Unterbrüche: Fr. 7.–  
(Bearbeitungsgebühr), kostenlos auf www.derbund.ch/abo.  
Inserate/Todesanzeigen Tamedia Advertising, Dammweg 9, Postfach,  
3001 Bern; Telefonische Anzeigenannahme:  
Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71; E-Mail: inserate@derbund.ch,  
www.adbox.ch; Todesanzeigen für die Montagsausgabe:  
So 14.00–16.00 Tel. 044 248 40 83, Fax 031 330 35 71  
Ombudsmann Ignaz Staub, Postfach 837, 6330 Cham;  
E-Mail: ombudsmann.tamedia@bluewin.ch.  
Copyright-Regelung Vergleiche grosses Impressum  
in der Montagsausgabe.

Die erwähnten Personen dürfen nicht in einer Kartei gespeichert werden und ihre Namen  
und Adressen nicht ohne Einverständnis der genannten Personen genutzt werden.

Ein Angebot von Tamedia